

Offener Brief an den Ministerpräsidenten und die Spitzenkandidaten aller Parteien bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Stuttgart, 30.01.26

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrte Frau Bohnen, sehr geehrter Herr Frohnmaier, sehr geehrte Frau Ghazaei, sehr geehrter Herr Hagel, sehr geehrter Herr Dr. Rülke, sehr geehrter Herr Özdemir, sehr geehrter Herr Stoch und sehr geehrte Frau Vollmer,

als an ökologischen Fragestellungen forschende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Land Baden-Württemberg verfolgen wir die Diskussionen im Vorfeld der Landtagswahl in unserem Kompetenzbereich mit besonderem Interesse. Daher nehmen wir in diesem Schreiben aus wissenschaftlicher Sicht Stellung zur aktuellen Diskussion um die Bejagung geschützter Tierarten (Wolf, Biber, Saatkrähe).

Zunächst ist die Populationszunahme früher gefährdeter Arten wie der Saatkrähe und die Rückkehr von regional ausgestorbenen Arten wie Wolf und Biber ein großer Erfolg der Naturschutzpolitik. Aus dieser Dynamik ergeben sich aber auch Konflikte, die unter bestimmten Bedingungen durch den Abschuss von Problemtieren gelöst werden können. In der aktuellen Diskussion muss jedoch beachtet werden, (1) dass die betroffenen Arten wichtige ökologische Funktionen haben, (2) dass ihre Bejagung Konflikte oft nicht löst, und (3) dass eine Übernahme ins Jagdrecht den Abschuss von Problemtieren erschweren kann und eventuelle Förder- und Kompensationszahlungen für Risse nicht mehr legitimiert sind.

Wolf und Biber sind sogenannte „Ökosystem-Ingenieure“ und daher wichtige ökologische Schlüsselarten, die einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung unserer Ökosysteme leisten können. Dieses Ziel adressiert auch die „UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen“ von 2021 bis 2030 und damit einhergehende Erfüllungsschritte, zu der sich auch Deutschland und die EU verpflichtet haben. Insbesondere kann der Wolf die Verjüngung klimatoleranter Arten in Wäldern durch seinen Einfluss auf hohe Reh- und Rothirschbestände fördern. Der Biber leistet einen effektiven Beitrag zur naturschutzpolitisch angestrebten Renaturierung von Flüssen und Auen und kann bei der Wiedervernässung von trockengelegten Mooren einen wichtigen Beitrag leisten. Damit werden viele Gebiete nicht nur in ihrem Naturschutzwert verbessert, sondern erwünschte Ökosystemleistungen nachhaltig und sehr kostengünstig bereitgestellt.

Bei den genannten Arten gibt es keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass eine Bejagung Konflikte reduziert. Dies liegt zum einen daran, dass in wachsenden Populationen geschossene Tiere meist schnell durch Artgenossen ersetzt werden. Im Fall des Wolfes kann ein Abschuss sogar zur Zunahme von Rissen an Weidetieren führen, beispielsweise, wenn Elterntiere getötet werden und dadurch die Rudelstruktur gestört wird. Es sind daher andere Maßnahmen erforderlich, um Konflikte mit dem Wolf zu lösen. So zeigt die „IG Herdenschutz plus Hund“ in Sachsen-Anhalt beispielsweise, dass effizienter Herdenschutz mit geeigneten Zäunen und Herdenschutzhunden erfolgreich möglich ist. Die beteiligten

Weidehalter mit insgesamt 25.000 Weidetieren hatten in sechs Jahren keine Risse zu verzeichnen und das in einer Region mit hoher Wolfsdichte und ohne den Abschuss von Wölfen. Und auch beim Biber gibt es in Deutschland erprobte Vorgehensweisen (insbesondere mit Biberbeauftragten), die eine gute Basis sind, um mögliche Konflikte ohne das Jagdrecht zu lösen. Ähnliches gilt bei Rabenvögeln, wo Problemfälle (beispielsweise im Ackerbau) über kreisweite Allgemeinverfügungen auf Basis des Naturschutzrechts gelöst werden können.

Ein gezielter Abschuss von Problemtieren muss möglich sein, um Betroffene zu schützen. Allerdings bezweifeln wir, dass eine Aufnahme von Arten in das Jagdrecht den Abschuss einfacher macht und Landwirten tatsächlich hilft. Wahrscheinlich ist das Gegenteil der Fall. Da der Schutzstatus der Arten davon unberührt bleibt, müssen sich dann nicht nur eine Behörde (die Naturschutzbehörde) sondern zwei Behörden (Naturschutz- und Jagdbehörde) mit dem Abschussantrag befassen. Darüber hinaus müssen betroffene Jagdpächter beteiligt werden, was bei mobilen Arten wie dem Wolf einen großen Personenkreis betrifft.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass der Naturschutz in Baden-Württemberg schon viel erreicht hat. Wir hoffen daher, dass Sie und Ihre jeweilige Partei auch in Zukunft eine evidenzbasierte Jagd- und Naturschutzpolitik vertreten, in der Managemententscheidungen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und im konstruktiven Dialog mit Betroffenen und Fachleuten entwickelt werden. Der Abschuss von geschützten Tieren basierend auf eindeutigen und objektiven Kriterien und im Einklang mit europäischen Schutzbestimmungen sollte immer nur die *ultima ratio* darstellen.

Für Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Johannes Steidle
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Lars Krogmann
Naturkundemuseum Stuttgart
und Universität Hohenheim

Prof. Dr. Frank Schurr
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Marco Heurich
University of Inland Norway und Universität Freiburg

sowie

Dr. Nils Anthes
Universität Tübingen

Prof. Dr. Martin Dieterich
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Manfred Ayasse
Universität Ulm

PD Dr. Joanna Fietz
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Martin Hasselmann
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Katrin Heer
Universität Freiburg

Prof. Dr. Martin Husemann
Naturkundemuseum Karlsruhe

Prof. Dr. Roman Lenz
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen

Prof. Dr. Rainer Luick
Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg

Prof. Dr. Christian Rabeling
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Albert Reif
Universität Freiburg

Prof. Dr. Markus Röhl
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen

apl. Prof. Dr. Gernot Segelbacher
Universität Freiburg

Jun.-Prof. Dr. Andreas Schweiger
Universität Hohenheim

Prof. Dr. Ilse Storch
Universität Freiburg

Dr. Ulrich Weinhold
Vorsitzender Arbeitsgruppe Wildlebende
Säugetiere Baden-Württemberg e.V.
Institut für Faunistik Heiligkreuzsteinach